

Öffentlicher Dienst: Degradiert oder nur anders verteilt?

Der öffentliche Dienst verliert an Bedeutung im neuen Regierungsprogramm, kritisiert NAbg. Werner Herbert die Zurückstufung.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im Rahmen einer aktuellen Sitzung des Nationalrats hat NAbg. Werner Herbert von der FPÖ schwere Vorwürfe gegen die neue Bundesregierung erhoben. Laut Herbert zeigt das Regierungsprogramm eine alarmierende Geringschätzung des öffentlichen Dienstes, der lediglich dem Staatssekretariat im Bundeskanzleramt zugeordnet wurde. „Diese Degradierung ist ein klares Zeichen dafür, dass dem öffentlichen Dienst, der rund 370.000 Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen umfasst, nicht genügend Wertschätzung entgegengebracht wird“, erklärte er. Besonders betroffen sind Berufsgruppen wie Exekutivbeamte, Verantwortliche im Gesundheitsdienst und Lehrkräfte, die täglich zum Wohle der Gesellschaft im Einsatz sind, wie **ots.at berichtete**.

Herbert konstatiert, dass der öffentliche Dienst essenziell für einen reibungslosen Ablauf staatlicher Einrichtungen ist und verdient, mit Respekt behandelt zu werden. Er fordert, dass die Betreuung und Anerkennung dieser Gruppe von Beschäftigten eine höhere Priorität erhalten sollte. In einem weiteren Kontext stellt der Deutsche Bundestag fest, dass er selbst Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst anbietet, was die Vielfalt und die bedeutende Rolle dieser Berufsgruppe verdeutlicht. Lehrer, Polizeibeamte und Verwaltungsbeamte sind viele von denen, die im Bundestag tätig sind, was zeigt, wie

wichtig gut ausgebildete Fachkräfte für politische Prozesse sind. Die Informationen über die Ausbildungsbedingungen für Beamte im Bundestag belegen, dass es strenge Anforderungen gibt, um in dieser wichtigen Institution arbeiten zu können, wie auf **oeffentlichen-dienst.de erwähnt**.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.oeffentlichen-dienst.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at